

*GERALD GÖTTING, Vorsitzender der
Christlich-Demokratischen Union Deutschlands,
Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik*

Die sozialistische Verfassung entspricht dem Streben der Christen nach Frieden und sozialer Gerechtigkeit

Aus der Rede auf der XVIII. Sitzung des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands am 8. und 9. Februar 1968 in Weimar

Der Entwurf der neuen Verfassung ist in doppelter Hinsicht „zeitgemäß“. Er ist es erstens, weil es entsprechend dem jetzt erreichten Stand unserer gesellschaftlichen Entwicklung an der Zeit ist, unseren fortschreitenden sozialistischen Aufbau und unser konsequentes Streben nach dauerhaft gesichertem Frieden auf eine neue staatsrechtliche Grundlage zu stellen. Und der Entwurf ist zeitgemäß, weil er dem gesellschaftlichen Wesen unserer Zeit, dem weltgeschichtlichen Charakter unserer Epoche entspricht, deren Hauptinhalt der Übergang zum Sozialismus ist.

Dieser Entwurf zeugt von dem hohen Reifegrad unserer sozialistischen Gesellschaftsverhältnisse, von der großen inneren Stärke und Festigkeit unserer Volksmacht, vom politisch-moralischen Wachstum unserer neuen Menschengemeinschaft, von der steigenden nationalen und internationalen Ausstrahlungskraft des deutschen Friedensstaates. Er beweist, daß die Deutsche Demokratische Republik willens und imstande ist, ihre historische Mission erfolgreich zu erfüllen. Er fixiert und legitimiert die Errungenschaften der vergangenen beiden Jahrzehnte, auf denen unsere Gesellschaft bei der Vollendung des Sozialismus aufbauen kann. Zu diesen Errungenschaften gehört in erster Linie auch die freundschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte. Sie war, ist und bleibt eine Grund- und Existenzfrage unseres gesamten sozialistischen Aufbaus.

Die Einmütigkeit aller Klassen und Schichten unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei, die Gemeinsamkeit der Werktätigen im Wirken für den Aufbau des Sozialismus, das Prinzip der Bündnispolitik, die gesellschaftliche Rolle der Nationalen Front bei der